

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abgabeort: Die sechsheftige Kopiersette 1 Mt., Bekanntheits 3.00 Mt.
Abgabeort: In der Druckerei dieses Blattes, Poststraße 10,
bis spätestens 4 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unfernen Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Streichholzfabrik: Durch unsere Geschäftsstelle 12.00 Mt.
von unfernen Händlern 12.75 Mt. und durch unsere
Geschäftsstelle 12.75 Mt. Einzelnummer: 30 Pf.

Anthelms Verbandsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 17

Donnerstag, den 9. Februar 1922

61. Jahrgang

Der Zwischenfall von Petersdorf.

In Obersachsen hat es wieder einmal einen Zwischenfall gegeben und in Paris scheint man wieder zu sein. Dieser Zwischenfall wurde einmal in der üblichen Form ausgemittelt, die Petersdorfer Angelegenheit, also im oberdeutschen Wahlkreisgebiet, ist es zu einer Einigkeit zwischen Deutschen und französischen Soldaten gekommen, wobei es auf beiden Seiten Bemerkungen gegeben hat. Hingegen betont Poincaré an, daß der französische Konsul in Berlin „Untersuchung und Wiederergänzung“ verlangen soll.
Dazu ist zu bemerken, daß das Deutsche Reich in Obersachsen die Niederlage zu überwinden und nichts gut zu machen hat. Für die Dauer der Besetzung ist die Interalliierte Kommission in Epinal die Stelle, die für die Angelegenheiten in Obersachsen verantwortlich ist. Das Deutsche Reich hat gar keinen Einfluß auf den Gang der Dinge in Obersachsen, denn dort hat die Doppelrolle Kommission allein die Gewalt, die Verantwortung ist zu überwinden, die man sich von Paris aus zumutet. „Wiederergänzung“ wird es freilich zu teilen haben, zwar nicht im Falle Petersdorf, wohl aber in Obersachsen nach Wegfall der Besetzung. Das unter der Herrschaft der Interalliierten Kommission und durch den Generalsekretär des Völkerbundes an Worten und unterzeichneten Zusammentreffen gewirkt wurde, das ist das Reich gegenüber dem deutlich lebendigen Teile von Obersachsen noch Kräfte „zu machen“ müssen, damit die wirtschaftliche Förderung nicht noch weiteren Fortschritt nimmt. Und diese Art von Gutmachung werden wir gerne leisten, die „Wiederergänzung“ im Falle Petersdorf mag Herrn Poincaré aus der bekannten Moral von Versailles heraus lieber einmal auszuweisen, während wäre für diese Art von „Wiederergänzung“ die Doppelrolle Kommission.

Poincarés Kampf gegen Genua.

Erklärungen Poincarés im Senatsauschuß.
Im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten, deutsche Ausschüsse, mit dessen Hilfe sein damaliger Vorgesetzter Poincaré Briand gefestigt hatte, mußte Freitag der Herr Poincaré als Ministerpräsident drei Interpellationen beantworten.
Ueber die Konferenz von Genua sagte er, er werde nur dann nach Genua gehen, wenn von Italien ein besserer Garant gegeben werden. Man habe aber noch Zeit, bessere Erklärungen Italiens zu erhalten, die die Konferenz von Genua einmündig zu erhalten, die wohl noch zehn Tage dauern werde, doch beschlossen werden müssen.
Ueber die deutsche Antwort an die Reparationskommission teilte Poincaré a. a. mit, daß die französischen Mitglieder bei den anderen Delegierten auf große Schwierigkeiten stießen, so daß Dubois ganz ähnlich wie vor zwei Jahren Poincaré aus der Kommission zurücktreten wollte. Im übrigen tritt Poincaré dafür ein, die Entscheidung über die deutsche Note der R. z. zu überlassen, doch haben die übrigen Entente-Mitglieder auf diesen Vorschlag Frankreichs nicht geantwortet.
Ueber die Orientfragen verweigerte Poincaré wegen der Beschäftigung der Konferenz der Außenminister vorläufig jede Auskunft. Darauf erklärte Poincaré, daß er ihn in öffentlicher Sitzung interpellieren werde. Es mag sich übrigens schon verneinende Opposition gegen Poincaré geltend, so von Seiten des Senatsauschusses.

Eine deutschfeindliche Einheitsfront in Genua.
Die Agentur Havas behauptet halbamtlich, daß Poincaré ein Not an die alliierte Regierung gerichtet hat, in der er sie auffordert, sich vorher zu verständigen, um eine gemeinsame Linie für die wirtschaftliche Konferenz in Genua zu finden. Wenn die alliierten Regierungen sich nicht der Weisheit ausweichen wollten, von den ehemals feindlichen Völkern oder von der Sowjetregierung unterstützt zu werden, dann müßten sie in Genua eine Einheitsfront bilden.
Der französische Ministerpräsident hat nach Anhören von Sachverständigen und Juristen zu der Überzeugung gekommen, daß die Grundzüge, die in der Resolution vom 6. Januar angenommen worden sind, der erste Gesichtspunkt der Verhandlungen in Genua sein müssen. Sie müssen besser begründet und genauer festgelegt werden. Außerdem müsse es außer Zweifel sein, daß Artikel 2 des Programms, der sehr allgemein gehalten sei, und der lautet: „Aufsichtung des europäischen Friedens auf fester Grundlage“, den Belie-

benen übertragen in keiner Weise vorzuziehen tun dürfe, z. B., daß etwa Änderungen in der oberdeutschen Frage getroffen werden könnten, oder daß das Reparationsproblem unter diesem Vorwand in Frage gestellt werde. Wenn die französische Regierung nach dieser Richtung keine Garantien erhalte, werde sie sich gezwungen sehen, sich ihre Unabhängigkeit zu wahren.
Auch diese Note und die Erklärungen von der Senatskommission gehören zu den selbstbewußten Behauptungen Poincarés, die Konferenz von Genua in ihrem wahren Zweck zu sabotieren. Zu dem gleichen Zweck sucht man Vertrauen in die Reihen des Völkerbundes zu säen, indem von französischer Seite immer wieder öffentliche Anträge hineingeschoben sind, daß der Völkerbund durch die Genuezer Konferenz völlig in den Hintergrund gedrängt wird. Den Völkerbund hat Frankreich ebenfalls fast völlig in der Hand, die Konferenz von Genua dagegen gar nicht. Es bleibt abzuwarten, ob diese Völkerverträge Poincarés Erfolge haben werden, oder ob er sich nicht doch noch einmal bei seinen machtbekundenden Freunden, mit dem Kopf durch die Wand zu stoßen, seinen dielen Schädel gehörig einrennen wird.

Neue Drohungen.

Der Eisenbahnerstreik als Vorwand für die Besetzung des Ruhrgebietes.
Mit ihrem Streik haben die Eisenbahner den Franzosen einen neuen Vorwand gegeben, mit dem sie ihre alten Absichten auf das Ruhrgebiet verwirklichen wollen. Durch die Androhung des Streiks im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind nämlich die fähigen Kohlenlieferungen an die Entente fast gänzlich abgebrochen. Bei der bekannten Mentalität Poincarés war zu erwarten, daß er diese Gelegenheit zu nutzen suchte.
Bislich wird jetzt auch aus Paris gemeldet, daß das französische Kabinett den Beschluß gefaßt hat, beim Durchbruch des Ruhrgebietes zu werden, seine Zustimmung zu der Besetzung der Ruhrkohlenfelder zu erteilen und des dazu gehörigen Eisenbahnerstreiks Unterwerfung zu geben. Falls durch den heutigen Eisenbahnerstreik die Kohlenzufuhr nach Frankreich behindert werden sollte, durch die Besetzung soll die Aufrechterhaltung der Kohlentransporte trotz des Streiks ermöglicht werden.

Dur Tage.

Wirtschaftsminister für Reichsbeamte.
Im Reichskabinett ist ein Antragsetzt zum Reichshaushalteplan für das Jahr 1921 zurückgegeben worden, durch den die Mittel für die Verbilligung von Wirtschaftsministerien an die Reichsbeamten in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Vorkommen an die den Arbeitern bewilligten Vermögenszuschüsse berechnete werden.

Reichs-Präsident übertrifft abermals aus dem Sattler-Verband ausgeschieden. Die Hauptversammlung der Sattler und Anzeiler des Jahres hat mit 200 gegen 8 Stimmen abermals den Ausschluss des Reichsverbandes aus der Organisation beschlossen, wegen seiner die Gewerkschaftsbewegung schädigenden „Verordnungen“.

Das Schicksal der Jarenfamilie. Das kommunistische Blatt „Zentrum“ in Moskau berichtet in einem ausführlichen Artikel über das Schicksal der Jarenfamilie, daß der jüngere Bruder des Jaren, Großfürst Michael Alexandrowitsch, einen Monat nach der Ermordung des Jarenpaars und der laizistischen Kinder in Rom erschossen wurde.

An den deutsch-französischen Verhandlungen über den Bündnisvertrag soll durch die Maßnahme des englischen Vorgesetztes Harding mit Poincaré eine gewisse Verminderung der Schwierigkeiten erreicht worden sein. Streitpunkte sind noch folgende Fragen: Frankreich verlangt eine englische Schwaburg statt der bisher für französischen Boden, sondern auch für „Zwischenfälle“ im besetzten Belgienland; England lehnt dies ab, weil es bei Ereignissen innerhalb des Reichsgebietes abgesehen vom Eingreifen verpflichtet sei, über den Vertrag aber seinen Schritt hinausgehen wolle. In der geschichtlich-türkeischen Frage sei eine Einigung noch schwerer zu erzielen.

Benoni oder Bistritz? Der König von Italien hat die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Kabinetts begonnen. Als nachrichtlicher Kandidat wird Benoni genannt, doch soll dieser mit Befürwortern der Sozialisten und wahrscheinlich auch der Katholiken zu rechnen haben. Es ist daher nicht unvorstellbar, daß Benoni wieder der Auftrag zur Kabinettsbildung erteilt werde.

Die ersten Wahlzettel des Konklahe haben, wie zu erwarten war, kein Ergebnis gehabt. Der Kardinal Matti, der als aussichtsreichster Kandidat galt,

hat sich viele Mühseligkeiten durch ein Interview verursacht, indem er bei Besprechung der oberdeutschen Frage eine ausgesprochen deutschfeindliche Stellung einnahm.

Die Vermittlung der Gewerkschaften.

Der dritte Tag des Eisenbahnerstreiks.
Am dritten Streiktag war die Lage im allgemeinen unverändert. In Süddeutschland war auch weiterhin keine Meinung zum Streik vorhanden. In Norddeutschland hat sich der Streik an einzelnen Stellen ausgedehnt. In erster Linie wurden Aachener, Mittel- und Kohlengruben, in zweiter Linie Personengüter gefährdet. Die Technische Hilfswache wurde in verstärkter Weise eingesetzt. Einige Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dem in der Hauptsache die Verfallenen- und Streckenarbeiter angehören, haben sich trotz des entgegengesetzlichen Beschlusses ihres Hauptverbandes dem Streik angeschlossen, so besonders in Berlin.

Verhandlungen beim Reichskanzler.
Die Führer der gewerkschaftlichen Verbände hatten am Freitag nachmittag eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler über die Streikfrage. Zunächst daran fand eine Besprechung mit dem Leiter des Beamtenbundes statt, die wie die Gewerkschaften den Streik missbilligten. In diesen Besprechungen sagte der Reichskanzler an, daß die Entwürfe mit den Eisenbahnerorganisationen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenförderung alsbald fortgesetzt werden sollten. Das Ergebnis der Verhandlungen war:

ein Aufruf der Gewerkschaften, der den von den Reichsgewerkschaften inszenierten Streik als ungewerkschaftlich missbilligt. Der Aufruf weist auf die Gefahr hin, die dieser „unverantwortliche Streik“ einer einzelnen unbilligsten Gruppe für das Schicksal der gesamten Bevölkerung nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch, besonders in der öffentlichen Meinung, herbeiführen kann. Das lege den Gewerkschaften die gebieterische Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Von der Reichsgewerkschaft wird erwartet, daß sie sich ebenso ihrer schweigen Verantwortung bewusst ist, und den Streik unerbittlich beendet. Die für diesen besonderen Streikfall der Reichsbahnbeamten erlassene Verordnung des Reichspräsidenten wird mit der Beendigung des Streiks gegenstandslos.

Der Aufruf teilt ferner das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Reichskanzler über den Stand der Besetzungsbewegung mit und enthält die ausführliche Erklärung der Reichsregierung, daß alle Verträge und Bestimmungen über die besetzungsbedingte Beschränkung des verfassungsmäßigen Arbeitsrechts durchaus unbedenklich sind.

Damit ist — so schließt der Aufruf — die Verantwortlichkeit der besetzungsbedingten Beschränkungen und der Schutz des Berufsrechts aller Beschäftigten gesichert. Die emanieren von den verantwortlichen Arbeitnehmern, daß sie sich ausschließlich an die Leistungen ihrer Eisenbahnerorganisation hält.

Durch diese Erklärungen ist die Reichsgewerkschaft informiert worden. Im Laufe des kommenden haben die Vermittlungsverhandlungen zwischen dem Beamtenbund und der Reichsgewerkschaft begonnen mit dem Ziele, die Zurücknahme der Streikparole zu erreichen, nachdem die Fortsetzung der Verhandlungen mit der Regierung fernerhin nicht mehr in Frage ist, wie ja aus dem Aufruf der Gewerkschaften ersichtlich ist.

Beendigung der Reichsgewerkschaft.
Die Haltung des gegenwärtigen Vorstandes der Reichsgewerkschaft hat die Folge gehabt, daß die süddeutschen Landesvereinigungen der Reichsgewerkschaft nimmere der Reichsvereine mitgeteilt haben, daß die einzelnen Landesgruppen endgültig aus der Reichsgewerkschaft auszuscheiden und den Besetzungen des Hauptverbandes oder des Nationalausschusses nicht mehr folgen.

Der Eisenbahnerstreik beendet.

Berlin, 8. Febr. Nachlangen Besprechungen zwischen Reichsregierung und den Gewerkschaftsvertretern hat die Reichsgewerkschaft heute Nacht den Streik für beendet erklärt, nachdem der Reichskanzler gleicher Zeit betont hat, daß ihm im sofortigen Strafabzug keine Disziplinarmassnahmen und Massnahmen erfolg zu folgen.

Berlin, 8. Febr. Auch der deutsche Eisenbahnerverband dankt in drei Ortsgruppen das Streikende und fordert zur Arbeitsaufnahme an.

Eisenbahnverkehr in Köln.
Köln, 8. Febr. Offener Nachmittags überfuhr ein unbekannter U-lade ein Personenzug Haltsignal und Dreifachschleife und drang in das Empfangsgebäude. Zwei Wagen fielen sich ineinander 4 Tote, 5 Schwere und 33 Leichtverletzte sind zu beklagen.

Zur Lage.

Reichstagsaufammentritt am Donnerstag.
Berlin, 8. Febr. Der Reichstag tritt statt gestern erst am Donnerstag zusammen.

Der neue Papst Pius XI.

Rom, 7. Febr. Kardinal Bussi ist zum Papst gewählt worden. Er hat den Namen Pius XI. angenommen. Nach der Wahl erteilte er vor dem älteren Altar der Basilika der Menge den Segen.

Der neue Papst Achille Ratti, der im 67. Lebensjahre steht, hat viele Jahre in Rom und im Vatikan ausgebracht und ist verschiedenartig auch in diplomatischen Missionen im Auslande tätig gewesen. Er spricht auch fließend Deutsch. Vor einigen Monaten war er zum Erzbischof von Mailand und zum Kardinal ernannt worden. Ratti war während der Abstimmung in Westpreußen und Ober-Sachsen päpstlicher Kommissar für die Abgrenzungsgeschichte, später Nuntius in Warschau. Er wurde er infolge seiner ästhetischen politischen Gesinnung vom Papst Benedikt nach Rom zurückberufen.

Zur Zukunft des Oberleitnants Dittmar.

Die Londoner Zeitung „Daily Telegraph“ schreibt zum Entweichen des Oberleitnants Dittmar, die deutsche Regierung soll sich seiner Auslieferung darüber hingeben, daß diese Angelegenheit einen äußerst schiefen Eindruck sowohl in öffentlichen Kreisen als in der öffentlichen Meinung hervorgerufen habe. Zweifellos werde es die britische Regierung für ihre Pflicht halten, wegen dieses belagerten Kommandos sehr scharfe Vorstellungen beim Berliner Kabinett zu erheben.

Wahlungen von den Engländern gestiftet.

Auf den großen amerikanischen Unabhängigkeitstag von 1777, der mit bairischen Soldaten, indianischen Kriegertruppen und spanischer Unterstützung gewonnen ward und der hauptsächlich zur unabhängigen Erklärung Amerikas vom englischen Mutterlande geführt hat, folgte eine zweite kriegerische Auseinandersetzung der beiden Mächte zur selben Zeit, als in Europa die entscheidenden Schlagen gegen das Imperium Napoleons geführt wurden.

Die Spannung zwischen Frankreich und England, die ja die europäischen Zustände völlig beherrschte, trieb über den Ozean hinüber. Napoleon verdrängte wirtschaftliche und militärische Veränderungen an Amerika. Nach hätte man auf englischer Seite das Verstehe gern vermeiden! Aber Ende Juni 1812 war die amerikanische Kriegserklärung unterwegs. Eine langjährige Entwicklung nach Norden und Süden wies sich gerechtfertigt war damit zu Ende gegangen; in diesem Augenblick aber war der Schritt ein Akt der Unerbittlichkeit. Tatendrang und Mitleidigkeit hatten dazu geführt, nichts war vorbereitet und erwogen. Der gestellten Stimmung des Volkes standen die tatsächliche Stimmung gegenüber. . . ein Sieg schien von vornherein für die Vereinigten Staaten ausgeschlossen zu sein, und es schien nur darauf anzukommen, ob und inwiefern sie sich mit Ehren behaupten würden. Aber die kleine amerikanische Maschine erlangte sich Vorberer, wodurch eine englische Invasion vom Landvolke Nordens her zunächst verhindert ward. Die Angriffe auf Kanada jedoch schlugen fehl. Zwar hatte man da die größten Hoffnungen gehabt: man wollte das Wert des Unabhängigkeitstages wahren und nun auch Kanada, wo die Bevölkerung ungleichmäßig unter dem englischen Joch lag, dem Band der freien Staaten einfügen. Schlecht ausgerüstet und schlecht kommandiert waren die Truppen amerikanischer Artillerie angeleitet und operierten nicht einmal gleichmäßig. Der nordöstliche General Hull übergab ein wichtiges Fort dem schwächeren Gegner. . . die Milizen wickelten sich in den Kampf ein, weil sie nach der Verfassung nicht außerhalb der Grenzen zu dienen brauchten. Wenn auch dann die amerikanische Energie wohl erwachte, so sind 1813 noch keine Entschörungen getroffen worden. . .

Es ist die Stadt, die jetzt Amerika und England in engster Zusammenarbeit steht, einmal im Laufe der wechselseitigen Beziehung zwischen beiden Ländern jener englischen Politik zum Opfer gefallen, die immer die Macht über das Reich gestellt hat. Es ist nicht ohne Wert und Interesse, sich nach der „Konferenz“ dieser Zustände einmal zu erinnern.

Armenienunterstützung für Berliner Hausbesitzer.

Der Berliner Armenverein gibt den Tod von drei Mitgliedern wegen Noterkrankung bekannt. In demselben Zeitraum haben in Berlin 16 Hausbesitzer, die zugleich Raucherpfeifen sind, die laufende Armenunterstützung beim Magistrat nachgesucht.

Ständesemmelnde Reaktionen von Tschern (Land)

Am 1. d. d. Monat Januar 1922. Geboren wurden 8 Mädchen und 5 Knaben. Verheiratet haben sich 4 Paare. Gestorben.

Minne Henriette Müller geb. Dörthe in Bonau. August Emilie Böhndorf geb. Kuschner verch. Jannid in Zeitz. Erich Georg Springer in Nurell. Rudi Willi Dörnick in Trebnitz. Ida Viktoria Müller in Nurell. Hans, Heru u. Peter in Nurell. Alma, Maria Johis in Trebnitz. Friedrich, Karl Rolf, Gleichermir. in Nurell. Friedrich Ernst Böcke, Anwalt in Ober. Franz Steinhilb, Bergarbeiter in Etzsch.

Vom Getreidemarkt.

Die Folgen des Eisenbahnverkehrs noch nicht zu übersehen.

Ueber die Lage auf dem Getreidemarkt in der Woche bis zum Beginn des Eisenbahnverkehrs berichtet die Preisberichterstattung des Deutschen Landwirtschaftsvereins u. a.:

Im ganzen war das Geschäft unregelmäßig, aber als bisher. Am 2. Februar trat die neue Frachterhöhung der Käufer doch recht beträchtlich ins Gewicht fällt. Jumeit sind die bisherigen Frachtsätze um ca. 30 Prozent erhöht und es fällt auch noch besonders in die Waagschale, daß bei Verförderung in gebetteten Waggonen durchweg ein Gewichtszugzug von 10 Proz. berechnet wird. Das bedeutet also eine Gesamterhöhung der Fracht um etwa 40 Prozent, nachdem die zweimalige Steigerung im November und Dezember bereits fast 100 Prozent betragen hatte.

Zunächst haben die stauffenre aber wenig Gelegenheit gehabt, diese Frachten praktisch zur Anwendung zu bringen, denn seit dem 1. zum 2. Februar war es in Deutschland mit einem Eisenbahnerstreik zu tun, dessen Bedeutung sich jetzt noch nicht zu übersehen ist, der aber jedenfalls vorläufig das Produktionsgeschäft fähig unterbindet.

Es sind in den letzten Tagen des Januar besondere behaftete, sofort verladbare Partien oder Januarlieferung ohne Nachfrist zur Ausmung der neuen, während zuletzt bereits in bereits eingetragene Ware Nachfrage bestand und Aufgebote bezahlt wurden. Von den Deutschen ging diesmal für den Getreideverkehr nur wenig Bewegung aus.

Generell war, daß für Roggen zuletzt die Frage zur Limite nur noch gering blieb. Daher allerdings war weitaus mit Käufen im Markt und verkehrte hauptsächlich als Käufer Stationen. Getreide hat in guten Brauqualitäten nur geringes und späteres Geschäft gehabt. Auch bei Hafer war vor Beginn des Februar sofort verladbare Ware viel gesucht, auch auf Abladung bestand Bedarf, aber nur spärliches Angebot. Mais blieb ruhig aber fest; das Geschäft war ruhiger als sonst.

Preisnotierungen.

Getreidenotierungen in Mark je Tonne. Weltmarktpreise angerechnet zu dem jeweiligen Wechselkurs. Chicago: Weizen Mai 8780, Weizen Juli 7670, Mais Mai 4252, Mais Juli 4309. Berlin: Weizen 8200—8280, Roggen 6240—6380, Sommergerste 7360—7440, Hafer 6090—6240, Mais, ob 6240, März 6120—6160, Feinroggen 6200 bis Provinzialweizen, 6400—6500, Februar 6200 bis 7000—7500, Roggen 6100, Hafer 5880, Gerste 6800 bis 7000. Bremen: 8600, Roggen 7100, Mais 6400—7400, deutscher Hafer 6900, La Plata-Hafer 6600, Hafer 6360—6400. Dresden: Weizen 8260 bis 8360, Roggen 6200—6300, Sommergerste 7240 bis 7500, Hafer 6200—6300, Feinroggen 6100. Mannheim: Weizen 8200—8300, Roggen 7200, Gerste 7700—8000, Hafer 6400, Mais 7600—7750.

Kaufverhältnisse fanden nicht statt.

Kaufverhältnisse. Berlin: Zufgeführt und verkauft 402 Tausend; Zufgeführt 4960, nied. Preis 5670 M. Bremen: Verkaufte 112 Tausend; Zufgeführt 4600, nied. Preis 4200 M., abfallende Ware 4000—4020 M. Hamburg: Verkaufte 209 Tausend. Qualität zu 4750 M. im Durchschnitt; 4 Tausend Qualität zu 4700 M. im Durchschnitt.

Volkswirtschaft und Wirtschaft.

Der Einnahmestausfall der Eisenbahn. Die täglichen Einnahmen der Reichsbahn betragen zurzeit rund 80 Millionen Mark im Personenverkehr und 60 Millionen im Güterverkehr, also zusammen 140 Millionen Mark täglich. Wenn auch der Reichsbahn durch die Aufrechterhaltung eines Mindestverkehrs und des Güterverkehrs ein gewisser Teil der Einnahmen weiter fließt, und andererseits durch den geringen Kraftstoffverbrauch sonst erhebliche Ausgaben nicht erwachsen, so kann man doch aus den oben angegebenen Ziffern erkennen, wie ungünstig der Schaden der Reichsbahn durch den Streik ausgefällt wird.

Die bayerische Landesoberkammer über die Steigerung der Produktion. Die bayerische Landesoberkammer beschloß, in dem Namen des Ministerpräsidenten und des Landwirtschaftsministers eine Kundgebung, daß Voraussetzung für jede blamable Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung des Unverbleiben jeden staatlichen Zwanges und die Unterlassung einer Sachversteinerung sei. Die bayerische Landwirtschaft sei zu außerordentlichen Leistungen bereit. Würde der Landwirtschaft die Möglichkeit entgegen, dem Reiche durch Produktionssteigerung außerordentliche Dienste zu leisten, dann wolle die Landwirtschaft trotzdem mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, die Steigerung der Erzeugung zu heben.

Die Absicht der deutschen Seefischerei nach Holland gehen! Von den Fischhändlern, die ihre Fische auf den Hamburger Markt bringen, finden sich gegenwärtig 14 auf See. Die Fischhändler und Seefischereiführer sind durch den Wahntreue gemunnen, einen großen Teil ihrer Fänge nach Holland gehen zu lassen, weil der Verbrauch am Ort nicht ausreicht, die Fische nicht in den Schiffen gelassen werden können und andererseits ein Abtransport auf der Bahn gegenwärtig unmöglich ist.

Teilschaltung der Getreidemenge für 1922 23. Wie die „Münchener-Angehöriger Abendzeitung“ meldet, beschäftigt die Reichsregierung, auch für das Wirtschaftsjahr 1922 23 die Getreidemenge festzusetzen. Sie hat sich mit einer Umfrage an die Regierungen der Länder gewandt.

Aktuelle aus aller Welt.

Ueber das Zagen von Hirschkleidung durch Angehörige des Reichsheeres ist die neue Anweisung, folgende Bestimmungen: Alle Angehörigen des Reichsheeres einschließlich der zum dauernden Tragen der Uniform verpflichteten Militärbeamten dürfen mit Genehmigung ihrer Disziplinarausschüsse

den Parolabestimmungen des Reichsheeres die bürgerliche Kleidung auf eigene Kosten tragen. Die bürgerliche Kleidung ist die Genehmigung zu auf besondere benutzende Ausnahmefälle zu beschränken. Die Standortstellen sind befugt, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse einheitliche Bestimmungen für den Standort zu erlassen. Ohne besondere Genehmigung ist bürgerliche Kleidung zulässig für Urlaub, außer Standurlaub, bei Ausübung der Jagd und des sportlichen Sports jedes Art, bei Ausflügen, Wanderungen usw. innerhalb des Standortes und bei Ausübung der Praxis der Sanitäts- und Veterinär-offiziere. Die Zivilbeamten des Reichsheeres sind zum Tragen der für sie vorgeschriebenen Uniform verpflichtet. Sie haben diese beim Ausreisen mit der freigestellter, in und außer Dienst bürgerliche Kleidung oder Uniform zu tragen.

Ein sauberes Paar. Die aus einem fälschlichen Zuchthaus zu neuer Verhaftung nach München gebrachte 25-jährige Lageristin Franziska Spring aus München hat gefunden, auf Veranlassung ihres Ehemanns gleichfalls im Zuchthaus sitzenden Gefangenen in dem Hotels, Kuranstalten und Kranenheilanstalten Schmuckstücke, Kleider und Wäsche im Werte von über einer halben Million Mark gestohlen zu haben, die ihre Geheister dann verkaufte.

Ganzgeröstet konsumfähiger Speisensaft. In Marburg sind die kommunikativen Speisensaftanlagen in den Kungelweitz eingezogen; von 6 Gefangenen verweigern 4 jegliche Nahrung, weil sie mit den Unterbringungsverhältnissen nicht einverstanden sind.

Neuzeit Metallfingerringe. In der Sinfonischen Porzellanfabrik in Dörfel bei Gotha sind Metallfingerringe im Werte von sieben Millionen Mark beschlagnahmt worden. Es handelt sich um gefälschte Metallfingerringe von Reichsgut. Eine umfangreiche Untersuchung ist im Gange.

Entstarkt zwischen Adler und Fuchs. Aus Norwegen wurde vor kurzem folgender merkwürdiger Vorgang gemeldet. Ein Mann ruderte über den Bergfelsen-See, als er hoch oben in der Luft einen Adler bemerkte. Dieser hatte einen großen Fuchs gepackt, den er in seinen Krallen festhielt. Der Mann sah aber weit hinten geflohen, so daß er nicht auf ihn aufpassen konnte. Der Fuchs entkam sich ein vergeblicher Kampf hoch in der Luft, bis es dem Fuchs schließlich gelang, den Adler in den Hals zu beißen, worauf beide ins Wasser fielen. Der Beobachter war nicht faul, sich selber Tiere zu bemächtigen.

Schlagende Wetter. Bei einer Explosion auf einem Bergwerk in Gates (Bennhaufen) wurden neun Arbeiter getötet und 20 verwundet. Man fürchtet, daß diese ebenfalls den Tod gefunden haben.

Gerichtliches.

Der Geth der Reichs-Regierung ein. Wegen des Urteils, das das Berliner Landgericht in dem Rechtsstreit gegen Geth de Meibert gefällt hat, ist vom Obersten Gericht des Reichs ein Berufungsbeschwerden der Angelegenheit Geth de Meibert, durch die Beteiligten Revision eingeleitet worden.

Das Doppelte Todesurteil. Das Schwurgericht in Klee beurteilte den Verurteilten Wilhelm Walle und die Witwe Heinrich Walle aus Hamburg, die den Ehemann der letzten Zeit lebend, so daß er verurteilt und ihm die Freiheit freigegeben wurde, wurde er verurteilt, zum Tode, sowie zu zehn Jahren Zuchthaus.

Das Verbinden größerer Baumstämme.

Handelt sich durch das Anhängen von Holzstücken und durch das Anfügen der Stämme durch Holz und Holz kommt es oft zu sehr großen Schäden, deren Vermeidung häufig recht schwierig ist und deren Vermeidung besondere Vorsicht und Sorgfalt erfordert. Je schneller die Wundbehandlung und der Wundschutz der Wundbehandlung folgen, um so glatter und anstandsloser geht die Wundheilung vor sich. Immer aber ist das Anhängen von Holz, größere Wunden, welche ganz oder zum größten Teil von Holzstücken des Stammes hergestellt worden sind, heilen zu wollen, indem man die abgetriebene Wunde wieder fest auf den Holzstücken und an die Wundränder legt und dort festhält. Richtiger ist vielmehr, die zerfallenen und geschnittenen Wundränder mit einem scharfen Messer fest auf den Stamm glattzuschneiden. Dann wird der abgetriebene Holzstamm, keinesfalls aber die Rinde mit Holz oder besser noch mit Lössbaumstammolium getrieben. Dann trägt man einen Lehm aus der Rinde des Wundränders an. Möglich ist es reichlich Strohhalm, Kuhhaare oder sonst irgendwelche Fasern darunterzumischen, weil das den Lehm dicker besser bindet. Mit ihm wird die ganze Wunde etwa in der Art ausgefüllt, wie der Maurer ein Loch im Mauerwerk vermauert. Dann werden alle Rappen und Lumpen, Erde oder Matten über den Verlich gelegt, besser noch in dem ganzen Stamm gelagert und festgeschüttet, um das Herausfallen des trocknenden Lehmvermittels zu verhindern. Hat sich die Überwallung der Wundränder eingestellt, was gewöhnlich im Juni oder Juli des nächsten Jahres der Fall ist, wird der Verband entfernt und der dauernd festliegende Holzstamm allmählich einmal mit Lössbaumstammolium oder Teer nachgetrieben.

Wollen Sie bauen?

Dann benutzen Sie die seit langem bewährte AMBI-Massivbauweise. AMBI-Steine (D. R. P. und Patentrecht) können von jedermann in einfachster Weise aus unentbehrlich an der Baustelle aus überall vorhandenen Rohstoffen (Kies, Sand, Stroh-Schlämme, usw.) durch Stampfen in den AMBI-Formen hergestellt werden. AMBI-Formen werden auch verlehrt. Große Sparnisse an Transportkosten, Boden und Zeit. „AMBI-Wasser“ ist die beste Zementsubstituente und erhöht im Wittervermögen des Deutschen Zement-Bundes (Febr. 1921) um 54 Prozenten den ersten Preis. Schreiben Sie Druckschriften M. R. AMBI-Wasser, Bd. II, N. 40 Berlin SW 68, Kochstr. 18.

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung nur 3 Tage.
Freitag, Samstag und Sonntag
**Großer Sensations-
Detektiv = Schlager.**

Das undurchdringliche Gesicht

in 7 Akten
Korft-Umg 6 und 8 30 Uhr. Sonntag 2 30 Uhr
Kindervorstellung. — Infolge des
Eisenbahnverkehrs ist es mir leider nicht mög-
lich den 2. Teil „Der Käser ohne Kopf“ herbei-
zuschaffen.

Norddeutscher Hof. Sonntag kommt Marcellus.

**Arbeitsnachweis
Teuchern.**
Geschäftszeit werktäglich von
8¹/₂ — 1 Uhr.
2 Mädchen von 14—16
Jahren, 9 von 16 bis 18 und
4 von 18—20 Jahren, 1 Mäd-
chen beliebig, 1 Knabe, 3 Knaben,
1 Dienermädchen, 1 Lehrling von
16 Jahren fämmt. in die Land-
wirtschaft, 1 Schneider, 1 Tisch-
ler nach auswärts, 2 jügere
Dusendmädchen auf eine Stelle,
10 Häuer, 1 Federente, 10 Ar-
beiter über 25 Jahre alt, die auch
an der Kapelle arbeiten,
Erdarbeiter in die Brauerei
nach auswärts, nur kräftige
Leute über 21 Jahre, Brau-
arbeiter in die Gegend von
Hoh nüssen, 3 Köchenmädchen
und 1 Köchin in eine Schulan-
stalt nach ausw., 2 Bäderlehr-
er, 1 Feilen- und 1 Bild-
hauerlehrling, Hausmädchen
auch Gera, Wägenfels
auch Feig, 3 Kesselschmiede, 1 Ba-
germeister, 1 Waffenschmied, 1 Be-
weiser für Arbeiter B Bauger, 2
Lohnnotführer und 1 Dejer,
nur Leute mit Zeugnissen können
berücksichtigt werden.

Stellen suchen
3 Korbmacher, 2 Schuhma-
cher, und 1 Stellmacherleh-
rling, 1 Sattler, und 1 Schaf-
machersche von auswärts,
1 Wurche von 15 Jahren in
die Landwirtschaft, 1 Oker-
mädchen, 3 Okerburischen in
die Landwirtschaft, 1 Schlosser-
lehrling, 1 Bädergehilfe.

Günes
Blüschsofa
mit erhalten, preiswert zu ver-
kaufen. Markt 10.

Aufklärung.

Die in der am Dienstag im „Norddeutschen Hof“ stattgefundenen öffentlichen Versammlung gefällene Aeußerung, ich hätte zwei Schuhmachergehilfen vor mir zu Strafbefehlshandlungen gehalten, ist **unwahr.**

Der in Frage kommende Schuhmachergehilfe hat diese Stellung bei mir ohne Erlaubnis ausgegeben. Weitere Gesellen sind von mir nicht fortgeführt.

In der heute Nachmittag stattgefundenen Eisenbahner-Versammlung im Petholdchen Restaurant habe ich verlässlich über den genannten Sachverhalt Aufklärung gegeben.

Curt Schlag.

Teuchern, Norddeutscher Hof. ZIRKUS

Franz Voigt aus Berlin.
— Reell. — 20 dressierte Pferde —
Großes Künstlerpersonal
Eigene Musik.
Große glanzvolle Gröffnung
Donnerstag, den 9. Februar
abends 8 Uhr
mit **wunderbarem Großstadt-Programm.**
Freitag
2 große Vorstellungen
nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.
In jeder Vorstellung der ungeführte
Niesenspielflan.

Man beachte Plakate u. Schaufensterausgang.
Preise der Plätze auf den Zetteln ersichtlich.
Die Direktion.

Bereinigter Turnverein. C. V. D. T.

Am Sonnabend, den 11.
Februar findet in Verhols
Restaurant
**Februar-
Versammlung**
statt.
Nach dieser gemüth-
lichen Versammlung, wo
zu alle Turnfreunde, Turner
und Turnerinnen herzlich ein-
geladet.
Der Turnrat.

Sportvereinigung Teuchern.

Alle Jugendlichen sind für
Donnerstag und Freitag zum
Jugendlehrgang
nochmals eingeladen.
Der Vorstand.

Empfehle **Freitag zum
Wochenmarkte** von 9 Uhr
an:
frische Weizsche
Pfd. 7,50 Mark
Feinste Tafelmargarine
Pfund 24 Mark.
Prima Schweineschmalz
Pfd. 32.— Mk.
Vollheringe Stk. 1,50
Becker.

Nur mein Kolonialwaren-
geschäft suche ich für Ditzler
einen Lehrling
C. Gieschmidt,
Fisch. Damastr. 19.

Arbeiter-Sterbe-Kassen-Gesellschaft.

Es werden hiermit alle Mitglieder in Kenntnis gesetzt
dass **Sonntag, den 19. Februar 1922** nachmittags 8 Uhr
im Restaurant zur Post (Zah. B. Zimmermann)
Generalversammlung
stattfindet.

Tagesordnung:

1. Lesen des Protokolls voriger Generalversammlung.
2. Bericht der Kassieren.
3. Rechnungslegung.
4. Geschäftsbericht.

Der Vorstand.

DRUCKSACHEN

jeder Art
für Geschäfts- und Privatbedarf
fertigt billigst an

Buchdruckerei von
Otto Lieferenz
Teuchern
Zeltzerstrasse 10.

San.-Kol. v. Roten Kreuz Teuchern.

Zu unserm am **Sonntag den 12. Februar** im Gasthof
„Zur Hoffnung“, Oberwischen stattfindenden
Wintervergnügen
bestehend aus Theater und Ball erlauben wir uns die
geehrten Einwohner von Werschen und Umgebung freundlichst
einzuladen.
Die Leitung.

Preis-Skat

am **Sonntag, d. 12. d. Mt.** in Forber's Restaurant
in Oberwischen laden freundlich ein
der **Wirt**, **das Comitee.**
Anfang 8 Uhr.

Car. reiner Weinbrand	38	0
Weinbrand-Verschnitt	40	0
in 1/2-L-Fl und vom Fass.		
Trinkbranntwein „Klarer“	1	
Feinsten Kümmel-Likör	1	
Feinsten Vanillen-Likör	1	
empfehlen billigst		

Rob. Näther.

Bruchkranke

Wenn werter Freunde
und Bekantskollegen
Cent Jahr
zu seinem diesjährigen Wie-
genfeste ein donnerndes Hoch.
Einige Freunde.

Ich kann ohne Operation geheilt
werden. Am 1. eiprobe Meth-
ode. Nächste Sprechstunde
in **Wiesenfels, Hotel zum
Girfchen, Nicolaistr. 10.** Son-
abend, den 11. Feb. von 9
bis 11 Uhr.
Spezial-Dr. med. **Colemann**
Berlin W. 35

Füllfederhalter
zu haben bei
Otto Lieferenz, Papierhandl.

Achtung!

Annahme von Spareinlagen
unter günstigen Zinsbedingungen.
**Provisionsfreier Scheck- und Ueberwei-
sungsverkehr.**
Gewährung von Darlehen aller Art.
Credit in laufender Rechnung.
Antliche Hinterlegungsgstelle von Wertpapie-
ren pp.
Einziehung von Schecks, Wechseln und
anderer Guthaben.
Bereitwilligste Auskunftserteilung in Vermögensangele-
genheiten.
Geschäftsstunden: 8—1 Uhr vormittags u
3—5 Uhr nachmittags, Sonnabends 8—1 Uhr.
Stadtparkasse Teuchern.

Wirrhaar
kauft zu hohen Preisen
Albert Herrmann,
Friedrich, Steinweg.

Eine junge hochtragende
Ziege
zu verkaufen.
Unterm Berge 36.

„Nissin“ gegen Kopfläuse

Nichts anderes nimmer.
Stadtpothek Teuchern.

Streckenpferd- Seife

Beste Lilienmilchseife
für zarte, weisse Haut und blend.
schönen Teint. Ferner macht
„Dada-Cream“
rote und spröde Haut weiss u.
sammetweich. Überall zu haben

Geschäfts- Bücher

sind am Lager oder
liefert zu billigsten
Preisen
Otto Lieferenz,
Papierhandlung.

Feinstes Schokoladenpulver:

1/4 Pfd. 5 Mark
empfiehlt
Bruno Billhardt.

1 August von 11—12 Uhr
paffend, 1 Hebergiecher und
Zimmerhandwerkzeuge
zu verkaufen.
Berliner Weg 2.

Ein ordentliches Dienstmädchen

sofort g. sucht.
Edwin Todte, Gutsbesitzer,
Dornsfar.

Ein kleines aut möbl.
Zimmer
für sofort geucht. Preis Re-
denbach, Wiersch i. d. G. Licht.

Christwedung, Deud und Betrag von Otto Lieferenz Teuchern.

Dank.

Hiermit sagen wir allen denen, die das
Grab unserer lieben Entschlafenen so reich-
lich mit Blumen schmückten und ihre Teil-
nahme an dem schweren Verluste darbrach-
ten. Insbesondere danken wir der Firma Uhr-
gläserwerke, der Direktion, den Angestellten,
hauptsächlich Arbeiterinnen und Arbeitern für
die vielen Beweise ihrer Anteilnahme.

**Familie Koullmann,
Kripps.**

Dank.

Für die Beweise herrlicher Teilnahme
beim Begräbnis unserer teuren Entschlafenen
sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.
Paul Theuermeister nebst Angeh.
Teuchern, den 7. Febr. 1922.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kopfszeile 1 Mt., Zeilenpreis 3.00 Mt.

Anzeigenannahme: In der Redaktion dieses Blattes, Poststraße 10, bis spätestens am 9 Uhr. Gesetze und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tag in unfernen Händen sein.

Er scheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Streichfährlicher Preis: Durch weitere Geschäftsverhältnisse 12.00 Mt. von unfernen Herten 10 Mt. bezahlt, 12.75 Mt. und durch das Zeitgesetz 12.75 Mt. Einzelnummer: 30 Pf.

Streichfährliche und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von unfernen Herten und allen Postämtern angenommen.

Anteiliges Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 17

Donnerstag, den 9. Februar 1922

61. Jahrgang

Der Zwischenfall von Petersdorf.

In Obereschleben hat es wieder einmal einen Zwischenfall gegeben und in Waiden scheint man wieder zu sein. Dieser Zwischenfall wieder einmal in der üblichen Form anzugehen. In Petersdorf bei Waiden, also im ehemaligen Abteilungsgebiet, ist es zu einer Schießerei zwischen Waidenern und französischen Soldaten gekommen, wobei es auf beiden Seiten Verwundete gegeben hat. Flugs ordnet Poincaré an, daß der französische Vorkommando in Berlin „Unterstützung und Friedfertigmachung“ versagen soll.

Dazu ist zu bemerken, daß das Deutsche Reich in Obereschleben gar nicht zu unterrichten war und nichts gut zu machen hat. Für die Dauer der Besetzung ist die Interalliierte Kommission in Epinal die Stelle, die für die Aufklärung in Obereschleben verantwortlich ist. Das Deutsche Reich hat gar keinen Einfluß auf den Gang der Dinge in Obereschleben, denn dort hat die Doppelner Kommission allein die Gewalt und auch die Verantwortung. Es mag wohl nicht angenehm sein, die Verantwortung für die Zwischenfälle zu tragen, die die Interalliierte Kommission in Obereschleben hat durchzuführen lassen, aber es wird ihr wohl bei rechtlich denkenden Leuten und gut unterrichteten Ministerpräsidenten nicht viel anderes übrig bleiben. Das Deutsche Reich aber hat alle Hände, die Verantwortung nicht zu übernehmen. „Friedfertigmachung“ wird es freilich zu leisten haben, zwar nicht im Falle Petersdorf, wohl aber in Obereschleben nach Abzug der Besatzung. Was unter der Herrschaft der Interalliierten Kommission und durch den Generalsekretär des Abteilungsgebietes an Worten und uninteressanten Zusammenhängen gescheit wurde, dazu wird das Reich zunächst den besten Willen haben, die Zwischenfälle in Obereschleben nach besten „gut machen“ müssen, damit die wirtschaftliche Fortschritt nicht noch weiteren Fortschritt nimmt. Und diese Art von Gutmachung werden wir gerne leisten. Die „Friedfertigmachung“ im Falle Petersdorf, nach Herrn Poincaré aus der bekannten Moral von Versailles heraus wieder einmal von uns erlassen, zunächst wäre für diese Art von „Friedfertigmachung“ die Doppelner Kommission.

Poincarés Kampf gegen Genua.

Erklärungen Poincarés im Senatsauschuß.
 Ein Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten, dessen Vorsitz dessen Hilfe sein demaliger Vizepräsident Poincaré selbst geführt hatte, mußte Freitag der Poincaré als Ministerpräsident drei Interpellationen beantworten.

Über die Konferenz von Genua sagte er, er werde nur dann nach Genua gehen, wenn von diesem Land bessere Garantien gegeben werden. Man habe aber noch Zeit, bessere Erklärungen zu erhalten, die die Konferenz wegen der italienischen Kabinetskrise, die wohl noch zehn Tage dauern werde, doch verschoben werden müsse.

Über die deutsche Antwort an die Reparationskommission teilte Poincaré u. a. mit, daß die französischen Mitglieder bei den anderen Delegierten auf große Schwierigkeiten stießen, so daß Dubois ganz ähnlich wie vor zwei Jahren Poincaré aus der Kommission zurücktreten wollte. Im übrigen tritt Poincaré dafür ein, die Entscheidung über die deutsche Note der R. K. zu überlassen, doch haben die übrigen Entente-Mitglieder auf diesen Vorschlag Frankreichs noch nicht geantwortet.

Über die Orientfragen verneinerte Poincaré wegen der Verschlebung der Konferenz der Außenminister vorläufig jede Auskunft. Daraus erklärte er, daß er ihn in öffentlicher Sitzung unterstützen werde. Es macht sich übrigens schon vermehrte Opposition gegen Poincaré geltend, so von Seiten des Heeresauschusses.

Ein deutschfeindliches Einheitsfront für Genua.

Die Agentur Sabas bestätigt halbamtlich, daß Poincaré eine Note an die alliierten Regierungen gerichtet hat, in der er sie auffordert, sich vorher zu verständigen, um eine gemeinsame Linie für die wirtschaftliche Konferenz in Genua zu finden. Wenn die alliierten Regierungen sich nicht der Gefahr aussetzen wollten, den ebenfalls feindlichen Vorschlag, oder von der Sowjetregierung unterstützt zu werden, dann müßten sie in Genua eine Einheitsfront bilden.

Der französische Ministerpräsident sei nach Anhören von Sachverständigen und Sachverständigen der Regierung gekommen, daß die Grundidee, die in der Resolution vom 6. Januar angenommen worden sind, der erste Gegenstand der Verhandlung in Genua sein müssen. Es müßten besser verständlich und genauer festgelegt werden. Außerdem müsse es außer Zweifel sein, daß Artikel 2 des Programms, der sehr allgemein gehalten sei, und der lautet: „Ausrichtung des europäischen Friedens auf fester Grundlage“, den besten

gehenden beitragen in keiner Weise vorzug tun dürfe, z. B., daß etwa Änderungen in der obereschleichen Frage getroffen werden könnten, oder daß das Reparationsproblem unter diesem Vorwand in Frage gestellt werde. Wenn die französische Regierung nach dieser Richtung keine Garantien erhalte, werde sie sich gezwungen sehen, sich ihre Handlungsfreiheit zu wahren.

Auch diese Note und die Erklärungen von der Senatskommission gehören zu den zielbewußten Bestrebungen Poincarés, die Konferenz von Genua in ihrem wahren Zweck zu sabotieren. Zu dem gleichen Zweck sucht man Waidenern in die Reihen des Vorkommandos zu ziehen, indem von französischer Seite immer wieder opportunistisch darauf hingewiesen wird, daß der Vorkommando durch die Genueser Konferenz völlig in den Hintergrund gedrängt wird. Den Vorkommando hat Frankreich beinahe fast völlig in der Hand, die Konferenz von Genua dagegen gar nicht. Es bleibt abzuwarten, ob diese Waidener Poincarés Erfolg haben werden, oder ob er sich nicht doch noch einmal bei seinen fremdenbüchernen Verächtern, mit dem Kopf durch die Wand zu wackeln, seinen diäten Schädel schuldig einemeren wird.



ler-Vorstand ausgesprochen. Die Kampfbereitschaft der Sattler und Radfahrer. Die Aktion hat mit 200 gegen 8 Stimmen alsbald den Ausgang des Reichspräsidenten aus der Organisation beschloßen, wegen seiner die Genueser Bewegung schädigenden Bestrebungen.

Das Schicksal der Jarenfamilie. Das kommunistische Blatt „Arbeiter“ in Moskau berichtet in einem ausführlichen Artikel über das Schicksal der Jarenfamilie, daß der jüngere Bruder des Jaren, Großfürst Michael Alexandrowitsch, einen Monat nach der Ermordung des Jarenpaars und der kaiserlichen Kinder in Perm erschossen wurde.

In den englisch-französischen Verhandlungen über den Bündnisvertrag soll durch die Mißsprache des englischen Vorkommandos Verbindung mit Poincaré eine gewisse Verminderung der Schwierigkeiten erreicht worden sein. Streitpunkte sind noch folgende Fragen: Frankreich verlangt eine entsprechende Schuldenlast, nicht bloß für französische Böden, sondern auch für „Anfängerfälle“ im besetzten Rheinland; England lehnt dies ab, weil es bei Ereignissen innerhalb des Versailler Vertrages ohnedies zum Eingreifen verpflichtet sei, wobei der Vertrag aber keinen Schritt hinausgehen sollte. In der griechisch-italienischen Frage sei eine Einigung noch schwerer zu erzielen.

Senoni oder Giolitti? Der König von Italien hat die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Kabinetts begonnen. Als maßgebendste Kandidat wird Giolitti genannt, doch soll dieser mit Widerständen der Sozialisten und wahrscheinlich auch der Katholiken zu rechnen haben. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß Bonomi wieder der Auftrag zur Kabinettsbildung erteilt werde.

Die ersten Wahlgänge des Kabinetts haben wie zu erwarten war, kein Ergebnis gehabt. Der Kandidat Matti, der als aussichtsreichster Kandidat galt,

hat sich viele Mühen durch ein Interim verweigert, indem er bei Besprechung der obereschleichen Frage eine ausgesprochen deutschfeindliche Stellung einnahm.

Die Vermittlung der Genueserstreiks.

Der dritte Tag des Eisenbahnerstreiks.
 Am dritten Streiktag war die Lage im allgemeinen unverändert. In Süddeutschland war auch weiterhin keine Bewegung zum Streik vorhanden. In Norddeutschland hat sich der Streik an einzelnen Stellen ausgedehnt. In erster Linie wurden Lebensmittel- und Kohlenzüge, in zweiter Linie Personenzüge gefährdet. Die Technische Rotesse wurde in verstärkter Maße eingesetzt. Einige Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dem in der Hauptsache die Reichsland- und Streckenbediensteten angehören, haben sich trotz der entgegengesetzten Bestrebungen ihres Hauptverbandes dem Streik angeschlossen, so besonders in Berlin.

Verhandlungen beim Reichsfinanzler.
 Die Führer der gewerkschaftlichen Großorganisationen aller drei Richtungen hatten am Freitag nachmittag eine längere Besprechung mit dem Reichsfinanzler über die Streikfrage. Anschließend daran fand eine Besprechung mit dem Leiter des Beamtenbundes statt, die wie die Gewerkschaftsführer den Streik möglichst stillen. In diesen Besprechungen sagte der Reichsfinanzler zu, daß die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenbeziehung alsbald fortgesetzt werden sollten. Das Ergebnis der Verhandlungen war:

ein Aufruf der Gewerkschaften, der den von der Reichsgewerkschaft inszenierten Streik als ungewerkschaftlich missbilligt. Der Aufruf weist auf die Gefahren hin, die dieser „unverantwortliche Streik“ einzelnen und schließlich allen Gewerkschaften zu brächte, und fordert, daß sie sich eben so ihrer schweren Verantwortung bewußt sind, und den Streik ungewerkschaftlich beendet. Die für diesen besonderen Streikfall der Reichsbahnbeamten erlassene Verordnung des Reichspräsidenten wird mit der Beendigung des Streiks gegenstandslos.

Der Aufruf teilt ferner das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Reichsfinanzler über den Stand der Verhandlungen mit und erwähnt die ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung, daß alle Gerichte und Behörden über eine beschlossene Befristung des verfassungsmäßigen Koalitionsrechts durchaus unberührt sind.

Damit ist — so schließt der Aufruf — die Befristung der beschloßenen Beamtenforderungen und der Schluß des Koalitionsrechts als Arbeitnehmer gefestigt. Wir erwarten von der organisierten Arbeitnehmerenschaft, daß sie sich ausschließlich an die Leistungen ihrer Spitzenorganisationen hält.

Durch diese Erklärungen ist die Reichsgewerkschaft isoliert worden. Im Laufe des Sonnabend haben die Vermittlungsverhandlungen zwischen dem Beamtenbund und der Reichsgewerkschaft begonnen mit dem Ziele, die Parität der Verhandlungen mit der Regierung hergestellt worden ist, wie ja aus dem Aufruf der Gewerkschaften ersichtlich ist.

Erhaltung der Reichsgewerkschaft.

Die Haltung des gegenwärtigen Vorstandes der Reichsgewerkschaft hat die Folge gehabt, daß die süddeutschen Landesverbände der Reichsgewerkschaft nimmermehr der Berliner Zentrale mitgeteilt haben, daß die einzelnen Landesverbände endgültig aus der Reichsgewerkschaft auscheiden und den Beschlüssen des Hauptverbandes oder des Aktionsauschusses nicht mehr folgen.

Der Eisenbahnerstreik beendet.

Berlin, 8. Febr. Nach langen Verhandlungen zwischen Reichsregierung und den Gewerkschaftsvertretern hat die Reichsgewerkschaft heute Nacht den Streik für beendet erklärt, nachdem der Reichsfinanzler gleicher Zeit betont hat, daß kein sofortiger Streikabbruch keine Disziplinarstrafen und Massenkassationen erfolgt sollen.

Berlin, 8. Febr. Auch der deutsche Eisenbahnerverband drückt sich über Ortsgruppen das Streikende und fordert zur Arbeitsaufnahme an.

Wahlungscheid in Köln.

Köln, 8. Febr. Gestern Nachmittag überfuhr ein unbekannter U-Bahn in Richtung Pöhlhof und Drehscheibe und brach in das Empfangsgebäude. Zwei Wagen fielen sich ineinander 4 Teile, 5 Schwer- und 33 Leichtverletzte sind zu beklagen.